

Memorandum von Sir I. Kirkpatrick über die politischen Auswirkungen des Schuman-Plans (11. Mai 1950)

Legende: Am 11. Mai 1950 verfasst Sir Ivone Kirkpatrick, der britische Hochkommissar in Deutschland, ein Memorandum für das britische Außenministerium, in dem er die politische Tragweite des Schuman-Plans darlegt.

Quelle: BULLEN, R.; PELLY, M.E. (Ed.). Documents on British Policy Overseas, Series II. Volume I: The Schuman Plan, the Council of Europe and Western European Integration May 1950 - December 1952. London: Her Majesty's Stationery Office, 1986. 1023 p. p. 32-35.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/memorandum_von_sir_i_kirkpatrick_uber_die_politischen_auswirkungen_des_schuman_plans_11_mai_1950-de-41496a26-f320-4f6a-8d5e-e46f89d7af14.html



Publication date: 05/07/2016

Memorandum von Sir I. Kirkpatrick

Geheim AUSSENMINISTERIUM 11. Mai 1950

Der französische Plan unter politischen Gesichtspunkten

Einige Überlegungen zu langfristigen politischen Aspekten

1. Die erklärte Politik der westlichen Mächte ist es, Deutschland in die westliche Staatengemeinschaft zu integrieren. Diese Politik stellt uns notwendigerweise vor das Dilemma, wie wir die Stellung Deutschlands als künftiger Partnerstaat mit einem System der rigorosen Kontrolle und der Aufrechterhaltung einer Reihe drückender Beschränkungen für die deutsche Industrie vereinbaren wollen.

Hinsichtlich einer möglichen Wiederaufrüstung Deutschlands sind die Generalstabschefs eher der Meinung, dass die geeignete Kontrollmethode nicht die Einrichtung militärischer Kontrollausschüsse wäre, sondern die Eingliederung von dem Land möglicherweise zugestandenen Streitkräften in einen westlichen Militärapparat, der Deutschland seine Aufgabe zuweist und deren Erfüllung überwacht. Der französische Vorschlag sieht in gewisser Weise einen ähnlichen Mechanismus zur Planung und Durchführungskontrolle einer Alliierten Wirtschaftspolitik auf dem Gebiet der Schwerindustrie vor. Ein solcher Plan wäre für Deutschland auf lange Sicht annehmbar, da es gleichberechtigt mit Frankreich oder jedem anderen Mitgliedstaat wäre.

2. Um ein neue deutsche Aggression zu verhindern, ist es von wesentlicher Bedeutung – wollen wir nicht auf ewig Gewalt anwenden –, Deutschland dazu zu bringen, freiwillig ein System zu akzeptieren, das uns unserer Ansicht nach ausreichend Sicherheit gewähren wird. Unsere größte Schwierigkeit bestand bisher darin, die Franzosen überhaupt dazu zu bewegen, eine Lösung in Betracht zu ziehen, die für die Deutschen in irgendeiner Weise akzeptabel wäre.

3. In den jüngsten Verhandlungen mit den Franzosen ist deutlich geworden, dass sie zur vereinbarten westlichen Politik der Assoziierung Deutschlands mit dem Westen zwar Lippenbekenntnisse ablegen, sich tatsächlich aber schwer tun, die logischen Konsequenzen zu ziehen und in Maßnahmen einzuwilligen, die unserem gemeinsamen Ziel dienlich sind. Die Ursache für diese Haltung mag sich teils daraus erklären lassen, dass die französische Öffentlichkeit, obwohl sie sich der von Russland ausgehenden Gefahr bewusst sind, Deutschland nach wie vor aus Gewohnheit als den traditionellen Feind und als die unmittelbare Bedrohung für die französische Sicherheit anzusehen. Maßnahmen, die die traditionelle deutsch-französische Feindschaft beenden und die französische Öffentlichkeit daran gewöhnen sollen, die tatsächlichen Gefahren realistisch zu betrachten, werden all denjenigen französischen Staatsmännern, die eine liberalere Politik gegenüber Deutschland befürworten, ihre Aufgabe erleichtern.

Einige Überlegungen zu kurzfristigen politischen Aspekten

1. Wenn wir die unmittelbaren Schritte tun wollen, die unsere Politik in Deutschland erfordert, müssen wir uns der Zustimmung des Westens zur Lockerung einer Reihe von Restriktionen gegenüber der deutschen Industrie versichern. Der französische Vorschlag wird dies einfacher machen.

2. Wir müssen ein unmittelbares Hindernis überwinden: die Präambel des Gesetzes Nr. 75, der zufolge die endgültige Entscheidung über die Eigentumsverhältnisse in der Kohle- und Stahlindustrie der deutschen Regierung überlassen bleibt. Dieses Gesetz wurde von der Hohen Kommission durch Mehrheitsbeschluss verabschiedet, und der französische Hohe Kommissar hat bei seiner Regierung Berufung eingelegt. Es gibt jedoch wenig Aussicht, dass es den Franzosen gelingt, die Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens zur Änderung ihrer Haltung zu bewegen, weshalb das Gesetz nach der vorgeschriebenen Frist von 30 Tagen in Kraft treten wird. Da das französische Parlament es aber unwiderruflich ablehnt, der deutschen Regierung die Entscheidung in dieser Sache zu übertragen, wird die Verkündung des Gesetzes

wohl zu beträchtlichen Irritationen in Paris führen. Der aktuelle französische Vorschlag würde die Ressentiments des französischen Parlaments weitgehend entschärfen, da darauf hingewiesen werden kann, dass das Eigentum an der deutschen Kohle- und Stahlindustrie von untergeordneter Bedeutung sein wird, wenn die gesamte Branche der Kontrolle einer internationalen Behörde unterliegen soll.

3. Der Umstand, dass es bisher schwierig war, für die Internationale Ruhrbehörde eine Aufgabe zu finden, solange es die Hohe Kommission und die Besatzung gibt, gab der französischen Regierung Anlass zu großen Bedenken. Bisher war es jedoch nicht möglich praktikable Vorschläge zum nutzbringenden Einsatz der Ruhrbehörde zu unterbreiten, solange die Souveränität Deutschlands in den Händen der Hohen Behörde liegt. Der französische Vorschlag nimmt sich zu einem bestimmten Grad dieses Dilemmas an.

4. Die Veröffentlichung des französischen Plans hilft dem Bundeskanzler, den Bundestag zu einer Abstimmung für den Beitritt Deutschlands zum Europarat zu bewegen. Außerdem wird sie den Saarkonflikt mildern.

Einige Vorbehalte

Die vorgenannten Überlegungen scheinen sämtlich für den Plan zu sprechen – rein aus dem Blickwinkel seiner politischen Wirkung auf das deutsche Problem. Allerdings gilt es auch eine Reihe wichtiger Bedenken anzumelden.

1. Es gibt einen Aspekt, zu dem man sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur schwer äußern kann. Ist diese französische Initiative als Ausdruck des Wunsches vieler Franzosen zu sehen, eine dritte Kraft in Europa zu schaffen und in dieser Hinsicht auf Europa statt auf eine westatlantische Gemeinschaft zu setzen? Dr. Adenauer scheint dieser Auffassung zu sein, wenn er seiner Hoffnung Ausdruck verleiht, Europa möge eine dritte Macht sein. Wenn dies der Fall ist, ist der Vorschlag im Grunde gefährlich und unzulässig, da die Idee einer europäischen dritten Kraft unrealistisch ist und die Geschichte uns lehrt, dass Mächte bzw. Mächtigkeitsgruppen, die ihre Neutralität wahren oder eine ausgleichende Rolle spielen wollen, jämmerlich zwischen zwei Stühle geraten, sofern sie nicht die für eine solche Politik nötige Stärke und Kohärenz besitzen.

Zu diesem Zeitpunkt kann man jedoch noch nicht abschließend sagen, dass der französische Zug eine vorsätzliche und bewusste Ablehnung des Konzepts einer westatlantischen Gemeinschaft darstellt. Denkbar ist, dass sich Frankreich, dessen Aufmerksamkeit übermäßig auf Deutschland fokussiert ist, in erster Linie von der Suche nach einer Möglichkeit leiten lässt, wie es den Widerspruch zwischen seiner erklärten Deutschland-Politik und seinem nicht erklärten Wunsch, Deutschland dauerhaft zu kontrollieren und im Grunde genommen zu unterwerfen, überwinden könnte.

2. Im französischen Plan ist nur von Frankreich und Deutschland die Rede. In seinem Begleitschreiben betont der französische Botschafter jedoch, dass er als europäischer Plan konzipiert ist. Er stellt allerdings nicht klar, ob die Beteiligung des Vereinigten Königreichs als wesentlich erachtet wird.

Wenn unsere Beteiligung nicht wesentlich ist und uns wirtschaftliche Faktoren nicht dazu *zwingen*, oder wenn wir eine Art beratender Assoziierung ohne die Vollmitgliedschaft erfinden könnten, wäre die künftige enge Verbindung zwischen Frankreich und Deutschland aus den oben erläuterten Gründen politisch attraktiv. Außerdem wäre die Erreichung der Sicherheit in Deutschland ein großes wirtschaftliches Opfer wert. Ist der Beitritt des Vereinigten Königreichs jedoch erforderlich oder sollten wirtschaftliche Gründe unser Fernbleiben verhindern, dürfte die britische Teilnahme uns unwiderruflich in Europa einbinden, ganz egal, ob der Plan eine Form der unmittelbaren Föderation in Europa beinhaltet, ob er „die Erste Etappe des Europäischen Staatenbundes“ ist, wie es in der französischen Erklärung heißt, oder ob es sich lediglich um eine Art europäisches Kartell handelt.

Sollten wir uns nach näherer Untersuchung des französischen Plans für dessen Ablehnung oder gegen eine Beteiligung entscheiden, wäre es politisch angebrachter, unsere Haltung zu rechtfertigen, indem wir auf den Vorzug einer Verankerung des westlichen Systems in der atlantischen Gemeinschaft verweisen, statt unsere

Vorbehalte gegen eine übermäßige Einbindung in Europa kundzutun. In jedem Fall wäre es abträglich, die öffentliche Kritik von Beginn an anzuführen. Allerorten, darunter auch in Regierungskreisen in Deutschland, wurde der Plan bisher sehr begrüßt, und wir können es uns nicht leisten, der Torpedierung einer viel versprechenden Initiative zur deutsch-französischen Annäherung beschuldigt zu werden.

I. KIRKPATRICK